

20.01.2015

Antrag

der Fraktion der FDP

Schulministerin muss ihrer Verantwortung gegenüber Kindern und Lehrkräften an Realschulen nachkommen

I. Ausgangslage

Rund 260.000 Schülerinnen und Schüler besuchen gegenwärtig Realschulen und wurden im Schuljahr 2013/2014 von fast 20.000 Lehrkräften unterrichtet und erzogen. Auch diese Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht auf bestmögliche individuelle Förderung, die Lehrerinnen und Lehrer auf faire Behandlung durch ihren Dienstherrn. Der Verantwortung für das Wohl dieser Kinder und Jugendlichen und der Pädagogen wird Rot-Grün jedoch nicht gerecht. Durch vielfältige Maßnahmen sollen möglichst viele Realschulen abgewickelt werden. Die im „Schulkonsens“ verabredete Rolle der Realschulen als eines der vermeintlich gesicherten nordrhein-westfälischen Schulformangebote erweist sich als Schimäre. Nicht nur aufgrund des demographischen Wandels oder eines veränderten Wahlverhaltens der Eltern wird das Auslaufen von Realschulen beschlossen, sondern vielfach drängen die dem Schulministerium nachgeordneten Behörden die Kommunen in ihrer „Beratung“ gezielt zur Abwicklung von Realschulen. Dies auch, wenn die Schulen demographiefest und von Eltern gewünscht sind.

Gleichzeitig werden durch strukturelle Benachteiligungen wie zum Beispiel durch eine geringere Unterrichtsverpflichtung der Pädagogen an Sekundarschulen im Vergleich zu Realschulen und weitere unzureichende Personalmaßnahmen gezielt Fachkräfte aus Realschulen abgezogen und so letztlich eine „Umwandlung“ forciert. Eine Strategie der Demotivation von Lehrkräften an Realschulen ist jedoch nicht nur unfair gegenüber den dortigen Landesbediensteten, sondern behindert auch die Entfaltung von Engagement. Das rot-grüne Vorgehen belastet somit nicht nur die Kollegien an Realschulen, sondern beschädigt letztlich auch die Qualität der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Aus dem ganzen Land häufen sich zudem Rückmeldungen, dass die Lehrerversorgung an den Realschulen nicht sichergestellt ist. Es wird vielfach über deutlichen und steigenden Unterrichtsausfall berichtet. Gleichzeitig wird die Kritik geäußert, dass auslaufende Realschulen personell geradezu „ausgeblutet“ werden. Die Schulministerin wird damit ihrer Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.

Datum des Originals: 20.01.2015/Ausgegeben: 20.01.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Auch einzelne Maßnahmen für Realschulen wie die schrittweise Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Klassen an Realschulen langfristig größer als an Sekundarschulen bleiben sollen. Darüber hinaus stehen die Realschulen auch bei der Ausstattung mit Ganztagsangeboten oder einer multiprofessionellen Unterstützung etwa durch Schulsozialarbeit deutlich schlechter da als integrierte Schulformen.

Außerdem wurde die infolge eines erfolgreichen Modellversuchs sinnvolle Einführung eines ordentlichen Faches „Wirtschaft“ gegen die Wünsche einer übergroßen Mehrheit an den Schulen von der Schulministerin verboten. Offenkundig im Zuge der öffentlichen Diskussion mehr gezwungen als erwünscht wurde lediglich ein Wahlpflichtfach zugelassen. Eine Profilierung der Realschulen, aber auch des Realschulbildungsgangs an Sekundarschulen wird konsequent verhindert.

Das Vorgehen gegen die Realschulen geht darüber hinaus mit einer mutwilligen Täuschung der Eltern einher – zulasten von Anschlussperspektiven junger Menschen. So kommunizieren Schulministerin und Ministerium für Schule und Weiterbildung öffentlich, dass an Sekundarschulen das Abitur nach 13 Jahren erreicht werden könnte. Weder Sekundarschulen noch Realschulen verfügen jedoch über gymnasiale Oberstufen. Während bei Sekundarschulen auf die sinnvolle Kooperation mit gymnasialen Oberstufen verwiesen wird, unterschlägt die Schulministerin in öffentlichen Darstellungen unverkennbar gezielt den Hinweis auf die Möglichkeit, von Realschulen in gymnasiale Oberstufen zu wechseln. Dies beschädigt die auch von Rot-Grün zu Recht immer wieder thematisierten Abschluss- und Anschlussperspektiven.

Traditionell wechselt eine Vielzahl junger Menschen von den Realschulen in eine gymnasiale Oberstufe. Dennoch wird – im Unterschied zu Sekundarschulen – bisher jedoch auf eine verbindliche Kooperation der Realschulen mit einer oder mehreren Oberstufen eines Gymnasiums, einer Gesamtschule oder eines Berufskollegs verzichtet, um den Realschulen faire, vergleichbare Chancen zu verbauen. Wer es mit vielfältigen Anschluss- und Abschlussmöglichkeiten und einer Durchlässigkeit des Schulsystems ernst meint, sollte für alle jungen Menschen – unabhängig von der besuchten Schulform – bestmögliche Perspektiven und bruchlose Anschlussmöglichkeiten eröffnen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ihrer Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler an allen nordrhein-westfälischen Schulen gerecht zu werden.
2. an den bestehenden Realschulen eine qualifizierte Stellen- und Personalversorgung sicherzustellen, um für die dortigen Schülerinnen und Schüler einen qualitativ hochwertigen Unterricht zu gewährleisten.
3. auch an auslaufenden Realschulen weiterhin für die jungen Menschen eine lehrplankonforme und qualitativ hochwertige Unterrichtung zu ermöglichen.
4. ein Personalkonzept vorzulegen, das für Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen Entwicklungsperspektiven festlegt.
5. auf eine stärkere multiprofessionelle Unterstützung etwa durch Schulsozialarbeit an Realschulen hinzuwirken.

6. intensiv für die Einrichtung von mehr Realschulen als Ganztagschulen zu werben.
7. für Realschulen zukünftig eine verpflichtende Kooperation mit einer oder mehreren Oberstufen eines Gymnasiums, einer Gesamtschule oder eines Berufskollegs festzulegen, um Anschlussmöglichkeiten zu akzentuieren und für Schülerinnen und Schüler Übergänge möglichst reibungslos zu gestalten.

Christian Lindner
Christof Rasche
Yvonne Gebauer
Ingola Schmitz

und Fraktion